

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: H. H. Pöhl, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.
Druck und Versand: Joh. van Nieuwen, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65, Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423.

Eine bedeutungsvolle Rundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Am Sonntag, den 6. Mai, fand im Städtischen Saalbau zu Essen eine Tagung des Ausschusses des Deutschen christlich-nationalen Arbeiterkongresses statt, um zu den Fragen der Kriegsziele und der innerpolitischen Neuorientierung Stellung zu nehmen. An diese Sitzung schloß sich nachmittags 4 Uhr eine außerordentlich stark besuchte Vertrauensmännerversammlung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Westdeutschlands.

Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses, Abg. Franz Behrens, eröffnet und geleitet. Warme Worte der Anerkennung und des Dankes widmete er unsern kämpfenden Brüdern in Meer und Marine. Auch die Daheimgebliebenen müßten erfolgreich und zäh den Kampf führen. Hart und schwer müsse in der Heimat unermüdet Tag und Nacht gearbeitet werden, um genügend Kriegsmaterial herzustellen. Wenn die Nahrungsmittel auch knapp seien, so würden wir doch durchhalten können; nur dürfe man keinen Mißmut aufkommen lassen, wenn etwas nicht klappe. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung habe es ja an berechtigter Kritik von Mängeln und Mißgriffen nicht fehlen lassen. Dank gebühre allen Männern und Frauen in der Heimat, die durch Opfer und Entbehrungen, durch ihren Fleiß zum Durchhalten beigetragen.

Der Vorsitzende wies dann darauf hin, daß der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses am Vormittag über die Fragen, die man kurz mit den Worten: „Friedensziele und innere Neuordnung“ bezeichne, eingehend beraten habe. Das Ergebnis dieser Beratung sei in einer Entschlieung zusammengefaßt, die auch der Vertrauensmännerversammlung zu dem Zwecke unterbreitet werde, ob auch sie derselben zustimmen wolle.

Darauf nahm Generalsekretär Stegerwald das Wort, um in längeren Ausführungen die Stellung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu den vorgenannten Fragen darzulegen.

Abg. Behrens verlas hierauf die vom Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses angenommene Entschlieung. Dieselbe lautet:

„Der Ausschuß des Deutschen Arbeiterkongresses sendet unseren tapferen Streitkräften herzlichsten Gruß und innigen Dank für die von ihnen im Interesse unseres Vaterlandes erkämpften unvergleichlichen Erfolge.“

Gleich anderen Volksgenossen haben die christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten ihr Treueverhältnis zu Fürst und Volk auf den Schlachtfeldern mit ihrem Blute besiegelt und in der Heimat durch williges Ausharren im Arbeits- und Opferleben bekräftigt. Dieser furchtbare Krieg ist von den neidischen und rachsüchtigen Feinden Deutschlands gewollt und planmäßig organisiert worden. Das aufstrebende Deutsche Reich sollte seiner militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kraft beraubt und seine Zukunftsentwicklung unterbunden werden. Diese ruchlosen Pläne sind dank der stählernen Widerstandskraft unserer Streitkräfte und der Rückenstärkung in der Heimat zuschanden geworden. Gleichwohl haben wir den hochherzigen Entschluß des Kaisers, Friedensverhandlungen anzuregen, mit ungefeilter Freibe begrüßt. Unsere Feinde haben die dargebotene Friedenshand rücksichtslos abgewiesen. Sie wollen unsere Vernichtung.

Das deutsche Volk führt einen Verteidigungskrieg. Es steht draußen und daheim seine ganze Kraft ein, um des Reiches Dasein und des Volkes Zukunft sicherzustellen. Wir christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten sind in dem Wunsch nach Frieden mit dem gesamten deutschen Volke einig.

Unbeeinflusst durch die Haltung derjenigen, die durch Vorschlag eines Friedens „ohne Annexionen und Kriegsschädigungen“, als auch jener, die durch Stellung unerreichbarer Forderungen den Krieg unnötig verlängern, wollen wir einen Frieden, der uns reale Garantien dafür bietet, daß uns künftig ein ähnliches Blutvergießen erspart bleibt, der die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands sichert. Die Arbeitnehmerschichten Deutschlands würden durch einen ungünstigen und daher unbeständigen Frieden, der Deutschland ungeheure wirtschaftliche Lasten und Hemmnisse auferlegen würde, in ihrer sozialen Lage und Entwicklung auf Jahrzehnte geschädigt. Arbeitslosigkeit, Lohndruck und hohe Lasten wie dauernd verteuerte Lebenshaltung wären die unausbleiblichen Folgen. Bezüglich der Bekanntgabe unserer Kriegs- und Friedensziele billigen wir die Haltung der Reichsregierung.

Mit Genugtuung begrüßen wir die Bemühungen der Staatsregierung zur Herstellung einer lebendigen Fühlungnahme mit den Volksorganisationen und ihren Vertretern. Die Bande des Vertrauens, die so zwischen Regierung und Arbeiter- und Angestelltenorganisationen geknüpft worden sind, haben bereits vaterländisch wertvolle Ergebnisse in gemeinschaftlicher Arbeit gezeitigt.

Als verheißungsvoller Ausdruck dieser Politik des Vertrauens ist die kaiserliche Osterbotschaft in den breiten Massen des Volkes aufgenommen und gewürdigt worden, nicht nur durch die ersehnte Ankündigung einer einschneidenden Umgestaltung des Wahlrechts für den Preussischen Landtag, sondern um der kaiserlichen Anerkennung der Volkseinstimmungen willen, die sie enthält. Wir erblicken darin die feierlich gegebenen Bürgschaften der Krone für die Einlösung jener Zusage, die der verantwortliche Kanzler des Deutschen Reiches gesprochen: stärkere Heranziehung des Volkes zur Mitarbeit an den Staatsaufgaben. Neben dem Ausbau und der Sicherung der Volksrechte erblicken wir in einer starken Monarchie, in einem von ihrem Vertrauen berufenen pflichttreuen Staatsbeamtentum nach wie vor die besten Grundlagen staatlicher Ordnung und die vertrauenswürdigste Bürgschaft für eine stetige und gedeihliche Entwicklung des öffentlichen Lebens.

Wir stehen in den Entscheidungskämpfen. In ungeheurem Anprall, ausgestattet mit den Erzeugnissen der Kriegsindustrie der Welt, stürmt der Feind gegen unsere westliche Front. Unseren heldenmütigen Kämpfern durch überlegene Rüstung siegreichen Widerstand zu ermöglichen, ist heilige Pflicht der deutschen Arbeiterschaft. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung erneuert und bekräftigt daher die ernste und eindringliche Mahnung: Haltet aus in der Arbeit! Tragt willig die unvermeidlichen Opfer und Entbehrungen bis zu einem guten Frieden!

Die Versammlung erteilte zu dieser Entschlieung einstimmig ihre Zustimmung. Es wurde sodann die Absendung nachstehender Telegramme einstimmig beschlossen:

Telegramm an den Kaiser. Ew. Majestät entbietet die im Mittelpunkt der deutschen Rüstungsindustrie versammelten Vertrauensmänner der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen Westdeutschlands im Gedanken an die verheißungsvolle Osterbotschaft ehrerbietigsten Gruß. Sie verbinden damit aus freudigem Herzen den Dank für das in dieser Osterbotschaft dem werktätigen Volke entgegengebrachte kaiserliche Vertrauen und geloben namens der Mitglieder ihrer Organisationen, durch restloses Einsetzen ihrer Arbeitskraft zur baldigen erfolgreichen Beendigung des Krieges dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

J. A.: Behrens, M. d. N.

Telegramm an den Reichskanzler. Die Vertrauensmänner der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen Westdeutschlands, zur Beratung der unter dem 19. Mai d. J. in diesem Sinne vereinbarten

Entscheidung bewegenden Fragen in Essen versammelt, sprechen Ev. Erzellenz zu der jetzigen Haltung in der innerpolitischen Neugestaltung ihre Zustimmung aus. Möge das ehrliche Bemühen Ev. Erzellenz, dem werktätigen Volke einen größeren Einfluß auf die Entwicklung des Staatslebens und einen erhöhten Anteil an den Errungenschaften der staatlichen Kulturarbeit zu sichern, zum Segen unseres ganzen Volkes von Erfolg gekrönt sein.

S. A.: Behrens, M. d. R.

Die Versammlung erklärte ferner einstimmig ihre Zustimmung zu einer Entschließung für Kriegerheimstätten, in der um die schnellste Vorlage des auch vom Reichstag gewünschten Heimstättenentwurfes gebeten wird.

In seinem Schlusswort betonte Abg. Behrens, daß die Friedenssehnsucht bei uns nicht so stark werden dürfe, daß wir die Notwendigkeiten vergessen, in dieser harten Zeit durchzuhalten, bis jener Friede erlämpft ist, der dem deutschen Volk eine Zukunft bietet, in der es nicht Millionen von Bürgern zu enge wird in unserm Vaterlande, sondern in der jeder sich auch ehrlich und fleißig daheim durchs Leben bringen kann und in der die Arbeiterschaft auch Anteil haben wird an den Kulturgütern des Volkes. Die jetzige Generation kämpfe, um die Zukunft ihrer Kinder sicherzustellen. Darum müßten wir aushalten und durchhalten.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser, der in diesem Krieg an der verantwortlichsten und gefährlichsten Stelle steht, schloß der Redner die Versammlung.

Arbeiterinnen und Kriegswirtschaft.

In steigendem Maße hat die Kriegswirtschaft weibliche Arbeitskräfte wie auch Kinder in Anspruch genommen. An vielen Tausenden von Stellen, an denen früher Männer gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeit verrichteten, stehen heute Frauen und Mädchen, zum Teil auch Kinder. Die harte Kriegsnotwendigkeit hat diese Wandlung vollzogen. Draußen die Männer im Kampfe für den heimatischen Herd, für die Ehre und den Bestand des Reiches, daheim das Heimatheer, Frauen und Mädchen an der Arbeit in Haus und Werkstatt. Dieses Zusammenwirken aller Kräfte macht das deutsche Volk unüberwindlich.

Die Kriegswirtschaft bringt aber insbesondere für die Arbeiterinnen nicht unerhebliche Gefahren mit sich. Wo es sich um für Frauen angemessene Arbeiten handelt, wird nichts dagegen einzuwenden sein. Vielfach aber werden weibliche Arbeitskräfte wie auch Kinder zu Arbeiten verwendet, die nicht nur sittliche, sondern auch gesundheitliche Gefahren, körperliche Schädigungen mit sich bringen. Bei der letzten Tagung des Reichstags ist verschiedentlich darauf aufmerksam gemacht worden. Die aus der christlich-sozialen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten Giesberts und Schürmer verlangten vom gesundheitlichen Standpunkte und dem der Bevölkerungspolitik aus einen entsprechenden Schutz der Frauen. Es sollte darüber und über die Anbahnung der Fabrikarbeit von den Gewerbeinspektoren Erhebungen veranstaltet und dem Reichstag darüber Bericht erstattet werden. Sie verlangten, daß Arbeiterinnen und Jugendliche in Bergwerken, in der Schwerkraftindustrie und in ähnlichen Betrieben, welche die Arbeitskraft und die Gesundheit stark in Anspruch nehmen, nicht beschäftigt werden dürften. Vom Regierungstische aus wurde erklärt, daß die diesbezüglich bestehenden gesetzlichen Schutzbestimmungen nicht aufgehoben seien und der Frage nach wie vor die größte Aufmerksamkeit gewidmet werde. Der lang andauernde Krieg hat aber doch recht bedauerliche Arbeitsverhältnisse gezeitigt, und eine Reihe von Krankenkassen wissen zu berichten von vielen Erkrankungen der weiblichen Versicherten infolge Ueberanstrengung. Gewisse geheime Krankheiten bewegen sich bedauerlicher Weise in ansteigender Linie, eine Folge der Zusammenarbeit von Durcheinander und Mädchen und sittlich verdorbenen Personen oder aber trauriger Wohnungsverhältnisse.

In manchen Fabrikorten und Plätzen für Waffen- und Munitionserzeugung, wo sich die Arbeiterschaft zusammenballt, die Wohnungsproduktion zu wünschen übrig läßt oder ganz stille steht, herrscht ein förmliches Wohnungselend.

Zusammengepfercht schlafen Arbeiter und Arbeiterinnen, Kinder, Mädchen und Frauen, ein Bett oft nur für drei und mehr Personen. Wiederholt ist es vorgekommen, daß an einzelnen Plätzen Mädchen auf der Straße bleiben mußten, weil sie überhaupt kein Unterkommen finden konnten.

Bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes ist im Hinblick auf diese Erscheinung im Reichstag verlangt worden, daß die Arbeit zu den Arbeitern gebracht werde, nicht zuletzt aus dem Grund, da sie ihre Wohngelegenheit beibehalten können. Namentlich hat sich auch Abg. Dr. Spahn in dieser Sache bemüht. Der Staatssekretär des Innern erklärte dazu: „Wenn wir die Arbeiter von ihrer Arbeitsstelle, von ihrem Wohnort weg an andere Orte verpflanzen, so müssen wir an dem neuen Orte für Unterkunft sorgen, auch ein Problem, das nicht einfach zu lösen ist. Das kostet neue Bauten, kostet Arbeit und Material, und beides ist heute rar und teuer. Wir müssen neue Fabrikgebäude errichten, für die dasselbe gilt wie für den Bau von Wohnungen. Das alles ersparen wir uns, wenn wir die Arbeiter dort lassen wo sie sind, und wenn wir die Arbeit zu ihnen bringen.“

Infolge der Transport- und anderen Schwierigkeiten, so erklärte Mitte Januar 1917 der Chef des Kriegsammtes in Berlin, ist nun die Regierung nicht in der Lage, ihr Versprechen zu halten. Tausende von Arbeitern, namentlich der in großem Umfang stillgelegten Textilbetriebe, sind und werden verpflanzt. Es muß aus den vorher erwähnten Gründen mit Nachdruck verlangt werden, daß insbesondere den Arbeiterinnen und Mädchen eine entsprechende Unterkunft gesichert wird. Soll nicht das Laster und die Kommunalität weiter ansteigen, darf hier nicht länger gezögert werden. Staat und Gemeinden, die Arbeitgeber und die Berufsorganisationen müssen hier zusammenwirken. Eine Aufgabe des Reichstags aber wird es sein, diese Dinge neuerdings seiner Beratung zu unterstellen und für einen durchgreifenden Kinder- und Arbeiterinnenschutz zu sorgen.

S. P.

Kriegswirtschaft.

Wirtschaftlicher Demobilisationsplan.

Der eben erschienene Bericht des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe läßt interessante Einblicke in den Demobilisationsplan tun, soweit er die Rückführung der Arbeitskräfte aus dem mobilen Heer auf den gewerblichen Arbeitsmarkt betrifft. Die einheitliche Lösung der damit zusammenhängenden Fragen ist dem Allgemeinen Kriegsdepartement des Kriegsministeriums übertragen worden. Bei dieser Demobilisation soll im wesentlichen von zwei Grundsätzen ausgegangen werden; erstens soll sie so erfolgen, daß keine Arbeitslosigkeit entsteht und zweitens in der Weise, daß den für Friedenswirtschaft wichtigen Betrieben so schnell wie möglich die neuen Kräfte zugeführt werden. Diese Hauptziele können aber nur erreicht werden, wenn die Verbindung zwischen Unternehmer und Arbeiter durch die bestehenden militärischen Einrichtungen, wie Kriegsamtstellen, Kriegswirtschaftsstellen und die militärischen Abteilungen der Generalkommandos in Gemeinschaft mit den Zentralauskunftsstellen hergestellt wird.

Zwecks Vermeidung einer Arbeitslosigkeit sollen die Entlassungen aus dem Heere nur nach und nach verlaufen und dem entsprechenden Dringlichkeitsbedürfnis angepaßt werden. Maßgebend soll dabei der Grundsatz sein, daß kein Mann entlassen werden soll, ehe er eine Arbeitsgelegenheit gefunden hat. Um dies durchführen zu können, hat die Heeresverwaltung eine Bestimmung aufgenommen, nach der Leute, die keine Arbeit bekommen können, bis zu vier Monaten noch im Heere zurückbehalten werden dürfen. Sie erhalten also bis zur Dauer von vier Monaten ihr Unterkommen und ihre Verpflegung im Heere. Die ältesten Jahrgänge sollen zuerst entlassen werden, insbesondere auch die Familienväter. Endlich soll kein versorgungsberechtigter Mann entlassen werden, dessen Ernährungsansprüche nicht geregelt sind.

Zur Verwirklichung des zweiten Grundsatzes, der baldmöglichsten Zuführung der Arbeitskräfte an die

wichtigsten Betriebe der Friedenswirtschaft, ist eine Aufstellung vorgesehen, der folgende Einteilung zu Grunde liegt:

Es haben bei Auswahl der zu entlassenden Personen nach Beruf vorzugsweise Berücksichtigung zu finden:

Führende Persönlichkeiten aus dem Bereiche des Handels, der Industrie, der Schifffahrt und des sonstigen Wirtschaftslebens,

Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben und deren Angestellte, z. B. Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren,

selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw.,

Staats-, Provinzial- und Kommunalbeamte, Geistliche, Lehrer, Bedienstete der Staats- und Privatbahnen einschließlich Klein- und Straßenbahnen,

Seeleute und Fischer, soweit sie sofort in den Dienst der Handelsmarine und der Fischerei treten, ferner Kahnbesitzer und Schiffer der Binnenschifffahrt, soweit sie selbständig sind oder eine feste Stellung nachweisen,

gelernte Arbeiter und Handwerker, z. B. im Schiffsbau erfahrene Leute, Maschinenbauer, Maschinisten, Schlosser, Metallarbeiter, Hafnarbeiter, Tischler, Schneider, Schuhmacher, Bauhandwerker, Bauarbeiter, Landarbeiter, Bergarbeiter, Schlächter, Bäcker usw., soweit sie sogleich in ein festes Arbeitsverhältnis treten,

ungelernte Arbeiter solcher Berufe, in denen sogleich ein großer Bedarf an Arbeitskräften vorliegen wird, z. B. Bergbau, Ueberseeverkehr, Hafenverkehr.

Studierende und solche Personen, die sich bei Ausbruch des Krieges bereits in einer Ausbildung für einen Lebensberuf befanden,

Auslandsdeutsche, die vor ihrer Einberufung ihren Wohnsitz im Ausland hatten und dorthin zurückkehren wollen.

Die Truppenteile haben zu gegebener Zeit festzustellen, welche Mannschaften sofort entlassen werden können. Als Voraussetzung gelten hier feste Stellung und angemessener Lebensunterhalt. Das ist Klasse I. Dann II. Klasse: die von Arbeitgebern persönlich angeforderten Leute. Bei den stellv. Generalkommandos werden die Listen der Betriebe eingereicht und die stellv. Generalkommandos setzen sich mit dem betreffenden Truppenteil in Verbindung. III. Klasse: die zahlenmäßig von den Betrieben angeforderten Leute. Was nun die Leute anbetrifft, die zahlenmäßig angefordert werden, so müssen die Zentralauskunftsstellen diese Sammlforderungen zusammenfassen und über die stellv. Generalkommandos zu den Truppenteilen hinleiten.

Der Rest der Personen, die weder namentlich angefordert werden noch zur Deckung von Sammelanträgen verwendet werden können, ist am längsten unter den Waffen zu halten. Name und Beruf dieser Leute müssen von den Truppenteilen ermittelt und den stellv. Generalkommandos mitgeteilt werden, die nun ihrerseits wieder den Zentralauskunftsstellen die Namen übermitteln. Für diese Leute käme unter Umständen die Beschäftigung mit Notstandsarbeiten in Stadt und Land in Betracht, die namentlich von Staats- und Kommunalbehörden für diesen Fall aufgespart sind.

Allgemeine Rundschau.

Die neuen Bezugsscheine.

Nach den neuen Richtlinien der Reichsbekleidungsstelle sollen für Personen, deren Bestände an Kleidung, Wäsche und Schuhwaren den Höchststandpunkt erreichen, weitere Bezugsscheine nicht ausgestellt werden, ausgenommen an solche Personen, die durch ihren Beruf oder ihre Beschäftigung zu einem größeren Aufwand in Kleidung gezwungen sind. Diese haben jedoch bei Oberkleidung und Schuhwerk zunächst von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, sich gegen Abgabe getragener Stücke einen Bezugsschein für hochwertige Stücke zu beschaffen.

Vor der Ausstellung eines Bezugsscheins hat jeder Antragsteller seinen Bestand in den von ihm gewünschten Kleidungsstücken wahrheitsgemäß anzugeben und erhält, wenn der Höchstbestand, worüber Listen in den

Bezugsscheinausgabestellen ausliegen, nicht erreicht ist, ohne weiteres den gewünschten Bezugsschein. Setzt die betreffende Stelle Bedenken, daß die Angaben vielleicht nicht wahrheitsgemäß sind, so kann sie die Abgabe einer schriftlichen Versicherung verlangen.

Füllt der Antragsteller diese schriftliche Versicherung, deren Wortlaut ebenfalls genau vorgeschrieben ist, aus, und hat unwahre oder unvollständige Angaben seines Bestandes gemacht, so kann er mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft werden.

Damit nun die unbedingt erforderlichen Stoffe bewilligt werden können, hat die Reichsbekleidungsstelle durch eine besondere Verfügung die Höchstmaße bei Bewilligung von Stoffen festgesetzt. Es haben sich die Bezugsscheinstellen nach diesen für beiderlei Geschlechter genau aufgestellten Tabellen zu richten, und dürfen nur bei besonders starken Personen und auch nur bei Oberkleidung bis zu 15 Prozent mehr Stoff bewilligen.

Diese Ausführungen können bei oberflächlicher Betrachtung leicht den Eindruck einer besonderen Strenge hervorrufen, jedoch sind die betreffenden Anordnungen nur getroffen worden, um jedem Staatsbürger die Notwendigkeit des Sparens auch in Kleidungsstücken klar zu machen.

Es soll und muß jeder einsehen, daß die Zeit zu ernst ist für unnötige und entbehrliche Anschaffungen und daß er nur für den dringendsten Bedarf sich einen Bezugsschein holen darf.

Notlage holländischer Webereien.

Wie das „Volk“ mitteilt, wird die Gefahr, daß die gesamte Weberindustrie in Enschede still gelegt werden muß, immer größer. Bereits ist eine große Fabrik geschlossen worden und die Schließung anderer Fabriken stehe bevor. Für Enschede allein bedeuten diese Vorgänge eine Arbeitslosigkeit von 12 000 Personen. Die Webereifabrikanten versuchen Schiffe zu chartern, um aus England die Rohstoffe für die Webereindustrie zu holen. (Belanntlich macht die Webindustrie in England augenblicklich dieselbe Krisis durch, da die zur Verfügung stehenden Transportmittel stets geringer werden.)

Neue Lohnbewegung englischer Textilarbeiter.

Die Gewerkschaftsorganisation der Weber in der Baumwollindustrie von Lancashire mit etwa 200 000 Arbeitskräften verlangen laut Economist eine Lohnerhöhung von 20 v. H. angesichts der steigenden Kosten der Lebensunterhaltung. Dabei haben sie schon eine solche von je 5 v. H. Anfang 1916 und Anfang 1917 erhalten. Während der letzten Monate ist aber die Lage der Arbeitgeber schlechter geworden. Die Aussichten sind weniger befriedigend als je seit Kriegsausbruch.

Aus unserer Industrie.

Verein Deutscher Papiergarnspinnereien.

In der Mitgliederversammlung, welche Mitte April in Berlin stattfand, wurde der Vorstand beauftragt, bei der maßgebenden Stelle eine Abänderung der Bekanntmachung über Höchstpreise in Anregung zu bringen. Es haben dieserhalb auch bereits Verhandlungen mit der Kriegsrohstoff-Abteilung stattgefunden, und es steht zu erwarten, daß demnächst eine Abänderung der gedachten Verordnung erfolgen wird, welche wenigstens zum Teil den Wünschen des Vereins Deutscher Papiergarnspinnereien Rechnung tragen wird. Der Verein hat seine Satzungen dahin abgeändert, daß jede Firma Mitglied werden kann, welche Papiergarn herstellt. Die Mitgliederzahl des Vereins, welcher sich erst vor kurzem gegründet hat, wächst stetig und es gehen fortdauernd neue Beitrittsgesuche bei der Geschäftsstelle (Dr. Schlexer, Düsseldorf, Paulusstraße 1) ein.

Umwälzungen im Wollhandel Argentiniens.

Der Krieg hat im Wollhandel Argentiniens gewaltige Umwälzungen hervorgerufen. Während im Jahre 1912 die Ausfuhr rund 400 000 Ballen betrug, ist sie im Jahre 1913 auf rund 280 000 Ballen zurückgegangen, um im Jahre 1914 auf rund 293 000 Ballen zu steigen. Im Jahre 1915 sollen nur rund 9000 Ballen, dagegen im Jahre 1916 wieder rund 314 000 Ballen ausgeführt worden sein. Mehr als 50 Prozent der ausgeführten Wollen gingen nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, während auf England, Frankreich und Italien nur ungefähr 10 Prozent der Gesamtausfuhr entfielen. In Friedenszeiten war das Verhältnis umgekehrt. 20 Prozent der verfügbaren Mengen sollen im Lande und ungefähr 20 Prozent von den Mittelmächten aufgekauft sein. Der gesetzgebenden Körperschaft von Argentinien liegt jetzt ein Antrag vor, einen Ausfuhrzoll von Goldpesos für die Tonne Wolle zu erheben, der alle Aussicht hat, angenommen zu werden.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

Lambrecht.

Der Krieg hat auch hier die Reihen der organisierten Arbeiter gelichtet, um so notwendiger ist, daß die Zurückgebliebenen als Heimatkämpfer sich enger zusammenschließen. Dies ist hier um so notwendiger, weil wir in einer Lohnbewegung stehen. In der letzten Versammlung unserer Ortsgruppe referierte hierüber der Bevollmächtigte Arbeitersekretär Bernzott, der den Stand der Bewegung besprach und nach Mitteilung der Entschlüsse der aus beiden Verbänden beauftragten Vertreter die Notwendigkeit der Eingabe an den Fabrikanten-Verein begründete. Die Not der Zeit, die teuersten Lebensverhältnisse seitdem wir eine moderne Arbeiterbewegung haben, drängten zu der Lohnbewegung. Bereits haben die Fabrikanten eine 20%ige Feuerungszulage zu der ersten während des Krieges gezahlten 20%igen — also insgesamt 40% — zugesagt. (Inzwischen ist diese Zulage bereits ausbezahlt worden.) Wegen der Arbeitslosenfürsorge werden weitere Verhandlungen folgen. Die Mitglieder ersehen daraus, daß man seitens der Organisation bestrebt ist, sich der Kollegen und ihrer Interessen anzunehmen. Nachdem so viele jüngere Kollegen dem Vaterlande dienen, sollten die anderen wie in früheren Jahren in alterprobter Standhaftigkeit und mit zähem Willen die Organisation erhalten und Unorganisierte auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses hinweisen. Ohne Organisation, ohne Zusammenschluß kein Erfolg! Kollege Bernzott besprach dann noch das vaterländische Hilfsdienstgesetz und das gemeinschaftliche Vorgehen der beiden Organisationen zur Wahl der Arbeitervertreter. Nach diesem Referat bezeichnete Arbeitersekretär Bernzott die Ergänzung des Ausschusses der hiesigen Ortsgruppe als dringend notwendig. Es wurden sodann gewählt: Als 1. Vorsitzender Josef Lambrecht I. und als 2. Vorsitzender Gg. Anoll. Frau Detzner bleibt anstelle ihres beim Heere befindlichen Mannes Rechnerin. Beisitzer sind die Kollegen: Ludwig Grimm, Ludwig Luz II. und Bernhard Roth. Mögen Verwaltung und Mitglieder jetzt Hand in Hand arbeiten, damit zum Wohle der Arbeiterschaft und ihrer Familien frisches und sozial erspriessliches Gewerkschaftsleben sich entfalte.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Barmen. Zur geistl. Beachtung für unsere Kolleginnen. In Barmen ist eine Frauenarbeits-Nebenstelle errichtet worden, welche der Kriegsamtsstelle Münster angegliedert ist. Leiterin derselben ist Fräulein Heinen. Dieselbe hält für alle im Kriegshilfsdienst stehenden Frauen und Mädchen Sprechstunden ab und zwar immer Montag morgens von 8-12 Uhr und Donnerstags nachmittags von 2^{1/2}-6 Uhr im alten Rathaus, Dörflerstraße 9, Zimmer 3.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

August Block aus Bocholt, Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Josef Scheidt aus Brand.

Josef Schöllgens aus Aachen.

Johann Rensing aus Bocholt.

Wilhelm Stieger aus Schaag.

Johann Gerhards aus Amern-St. Anton.

Peter Hintzen aus M.-Gladbach.

Bernhard Haesel aus Bocholt.

Heinrich Schulte aus Borghorst.

Josef Mertel aus Lechhausen.

Fritz Brand aus Barmen.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.

Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Adressenänderung.

Die Adresse des Arefelder Sekretariates lautet ab 15. Mai:

Arefeld, Weststraße 35.

J. Müller, Bezirksleiter.

Literarisches.

Jedes interessierte Mitglied unseres Verbandes sollte die Monatschrift „Deutsche Arbeit“ lesen. Dieselbe unterrichtet in gründlicher aber klarer und verständlicher Weise fortlaufend über all die großen Fragen sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, welche die christlich-nationale Arbeiterschaft in irgend einer Weise berühren. Obwohl die Zeitschrift erst eineinhalb Jahre besteht, hat sie sich doch schon die Beachtung und Sympathie weiter Kreise im eignen Lager erworben, außerdem aber auch manche Anerkennung von draußen Stehenden erzielt.

Das soeben erst erschienene Maiheft enthält folgende Artikel: Prof. Dr. Eduard Franke: Der Arbeiterschutz in Deutschland; Dr. Karl Busch: Reichsfinanzwirtschaft; Dr. Carl von Dylka: Die Entwicklung des Reallohnes zur Kriegszeit; Hermann Bogellang: Notwendigkeit eines Reichsberggesetzes; Heinrich Kürop: Industriearbeiter, Fortbildung und Berechtigungsweisen.

In den Rundschau behandelt Samuel Jäger: Neuere Politik; Franz Röhr: Rechtswesen; Peter Schlaack: Genossenschaftsbewegung; Theodor Brauer: Arbeiter- und Angestelltenbewegung; Georg Streiter: Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Eine bedeutungsvolle Rundgebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. — Arbeiterinnen und Kriegswirtschaft. — Kriegswirtschaft: Wirtschaftlicher Demobilisierungsplan. — Allgemeine Rundschau: Die neuen Bezugsscheine. — Notlage holländischer Webereien. — Neue Lohnbewegung englischer Textilarbeiter. — Aus unserer Industrie: Verein Deutscher Papiergarnspinnereien. — Umwälzung im Wollhandel Argentiniens. — Aus dem Verbandsgebiete: Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Lambrecht. — Berichte aus den Ortsgruppen: Barmen. — Ehrentafel. — Adressenänderung. — Literarisches.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. G. W. Giffert, Dörfelstraße, Arefeld, Aachenerstraße Nr. 7.